411 Städt. Bibliothek S 839

Aufwärts

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.56 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.95 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67377.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67377.

Nr. 78. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Sonnabend, den 1. April 1933. | 15. Jahrgang.

Aus bitterm Meere zieht
Die Sonne süßes Wasser,
So zieh' auch Liebe du
Aus Herzen deiner Hasser.

Rückert.

Brief aus Thüringen.

Den Nationalsozialisten fehlten nach der letzten Reichstagswahl in Thüringen nur noch rund 19000 Stimmen an der absoluten Mehrheit. Das Land, das eine Einwohnerzahl von etwa 1¾ Millionen aufweist, hat eine noch niemals erreichte Höhe der Wahlbeteiligung gezeigt, so daß über eine Million Wähler zur Urne ging, wovon die Nationalsozialisten fast die eine Hälfte für sich beanspruchen. Gegenüber dem Wahlgang im November des vorigen Jahres bedeutet das für die letzteren einen Zuwachs von 14000 Stimmen. Die schwarzweißrote Front veränderte nur wenig ihren Bestand, gewann aber einige tausend. Die Sozialdemokraten zeigten weder Verluste noch Gewinne, sondern behielten fast ihre genaue, frühere Zahl, während die Kommunisten einen Verlust von etwas über 19 Prozent erlitten. Es zeigt sich also, daß die Nationalsozialisten ihren Hauptzustrom aus den seitherigen Nichtwählern und z. T. noch aus den liberalen Parteien der Mitte decken. Der Landbund, der in Thüringen jahrelang eine sehr große Rolle spielte, tritt auf der Wahlliste nicht mehr auf; die Deutsche Volkspartei hat eine neue, sehr schwere Schlappe erlitten und nur der Christliche Volksdienst, die Staatspartei (allerdings schon früher auf eine Mindestzahl zusammengesunken) und das Zentrum konnten sich halten. Der Reichsinnenminister Dr. Frick, der in Thüringen kein Unbekannter mehr ist, weil er ein Jahr lang thüringischer Innenminister war, und der bei der Reichstagswahl auf sämtlichen Wahlkreislisten aufgestellt war, hat seine Wahl für den Wahlkreis 12, das ist Thüringen, angenommen.

Das Land Thüringen war das einzige größere Land, das nach den Wahlen am 5. März nicht erst einer kommissarischen nationalsozialistischen Regierung bedurfte, um mit dem alten System zu brechen. Seit einem halben Jahr ist hier ja bereits eine nationalsozialistische Regierung völlig uneingeschränkt am Werk. Trotzdem hat der Umsturz im Reich auch Thüringen wesentliche Neuerungen gebracht. Die Bekämpfung marxistischer Elemente war seither noch nicht in größerem Umfang möglich, weil noch keine genügend rechtliche Handhabe dafür zu bestehen schien. Vor allem fehlte das Machtmittel des durchgreifenden Verbots der gesamten marxistischen Presse und Druckerzeugnisse, die irgendwie dem Staate oder dem Christentum gefährlich waren. Auf diesem Gebiete ist nach dem Umsturz naturgemäß sofort, ähnlich wie im übrigen Reich, durchgegriffen worden. Nicht nur, daß alle kommunistischen Presseerzeugnisse verschwanden, und auch die der Sozialdemokratie auf mehrere Wochen verboten wurden; es sind nunmehr auch bereits rund 1000 kommunistische Funktionäre in Schutzhaft genommen worden und in den verschiedenen Gefängnissen und Internierungslagern des Landes untergebracht. Das ist für Thüringen eine recht bedeutende Zahl. Ein Teil von ihnen, insgesamt 100, ist aber soeben aus der Haft entlassen worden, weil sie die Versicherung abgegeben haben, sofort aus der kommunistischen Partei auszutreten und sich nicht mehr staatsfeindlich zu betätigen. Daß alle kommunistischen Beamten und Lehrer ihrer Aemter enthoben wurden, war ein Gebot der Stunde. Außerdem jedoch ist in bezug auf die Sozialdemokratische Partei eine neue, sehr scharfe Maßnahme erfolgt. Nicht nur allen thüringischen Staatsbeamten und Angestellten, sondern auch allen Beamten und Angestellten der Gemeinden, Kreise, Zweckverbände, Anstalten und Sparkassen ist nunmehr verboten, die Sozialdemokratische Partei oder eine ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen in irgendeiner Form zu unterstützen, sei es durch ausdrückliche Betätigung oder durch bloße Mitgliedschaft oder sonstwie. Alle Zuwiderhandlungen werden durch ein sofortiges Dienststrafverfahren mit dem Ziele der Dienst- und Amtsenthebung geahndet. Für die Durchführung des Verbotes werden die behördlichen Vorstände mit verantwortlich gemacht, indem diesen die genaue Unterrichtung der Beamten und Angestellten obliegt, und sie für das Einhalten der Vorschriften zu sorgen haben. Eine andere sehr einschneidende, aber notwendige Verordnung bezieht sich auf die thüringischen Lehrkräfte an den Volks- und höheren Schulen. Lehrer, die den marxistischen Organisationen angehören (also nicht allein die Kommunisten) oder überhaupt der marxistischen Weltanschauung huldigen, auch wenn sie einer der beiden Linksparteien nicht ausdrücklich angehören, sind nach der Ansicht des Volksbildungsministeriums nicht geeignet für verschiedene Unterrichtsfächer: vor allem für den Religionsunterricht und den Deutsch- und Geschichtsunterricht an den höheren und Mittelschulen, sowie den oberen Klassen der Volksschulen. Lehrer dieser Art werden daher vom neuen Schuljahr ab in allen Jahrgängen vom 5. Schuljahr aufwärts, keine Lehrbefugnis mehr in den genannten Fächern erhalten. Mit Bedacht hebt hier das thüringische Volksbildungsministerium auch die Lehrkräfte hervor, die aus irgendeinem Grunde zwar nicht offiziell der marxistischen Linken angehören, aber dennoch die Gesinnung dieser Parteien hegen. Die Durchdringung von Lehrkräften mit marxistischen Ideen war ja in Mitteldeutschland zu einer Gefahr geworden, und diese Gefahr stellten zu einem großen Teil gerade die „parteilosen“ Marxisten dar. Daß im übrigen keine Lehrkraft mehr an der Vorbereitung und Durchführung der sogenannten freidenkerischen Jugendweihen teilnehmen darf, sei miterwähnt. Aehnlich wie in Sachsen war auch in Thüringen dann noch das „Versuchsschulsystem“ eingeführt worden, eine Schulart, die allen möglichen Tendenzen der marxistischen Lehrer offenstand, wo die Kinder dem Gedanken der Autorität entfremdet wurden, weil sie nicht selten große Freiheiten genossen und den Lehrer als einen ihresgleichen betrachteten, und wo das religiöse Bekenntnis argen Schaden litt. Nach einer Verfügung des Thüringer Volksbildungsministeriums ist diese Schulart (Gera) am 1. April in eine gewöhnliche Volksschule umzuwandeln, „weil die Versuchsschule dem Gedanken der christlichen Gemeinschaftsschule (!) zuwiderlaufe.“

Die besondere wirtschaftliche Notlage Thüringens macht der neuen Regierung besondere Sorgen. Um so mehr, weil es sich in der Hauptsache um Betriebe von mittlerer und mäßiger Größe handelt, die in den letzten Jahren schließen mußten, und die als Gegenpol gegen die großen Kartelle und Trusts einer besonderen Pflege würdig sind. Es konnte seither nur wenig getan werden, und die Lage im Thüringer Wald rief besonders nach Reform. Hierzu kommen die fast völlig leeren Kassen so vieler Gemeinden und Städte. Die thüringischen Minister sind darum erneut soeben in Berlin vorstellig geworden, um die Hilfe des Reiches und der Reichsregierung zu mobilisieren. Dabei ist auch erneut das Problem der Selbständigkeit Thüringens in aller Offenheit mit dem Reichskanzler besprochen worden. Der letztere hat ausdrücklich versichert, daß die Selbständigkeit des Landes und seiner Verwaltung in keiner Weise beeinträchtigt werden würde.

Eine Angelegenheit von größterer Bedeutung bildet für Thüringen seit kurzem auch die Auseinandersetzung des Staates mit dem vormaligen Altenburger Herzogshause. Das Kabinett hat sich mit dieser Frage jetzt eingehend befaßt. Die im Jahre 1919 erfolgte Auseinandersetzung zwischen Thüringen und dem Herzog ist von dem letzteren angefochten worden, und das Oberlandesgericht und Reichsgericht hat zu seinen Gunsten entschieden und die Abmachungen von 1919 für rechtsunwirksam erklärt. Der Herzog kann darum die Rückgabe des gesamten früheren Domänenfideikommisses verlangen. Auf der Grundlage der gerichtlichen, vor kurzem erfolgten Entscheidung stimmte das jetzige Kabinett einer Entschließung zu, aus der hervorgeht, daß wertvoller, umfangreicher Waldbesitz des Fideikommißvermögens des Herzogshauses für das Land gesichert ist. Dem Landtag soll über einen solchen Vergleich eine Vorlage zugehen. Dazu ist folgendes von Wichtigkeit. Der Waldbesitz nimmt innerhalb des herzoglichen Domänenfideikommisses den Hauptbestandteil ein. Auf Grund des Vertrages von 1919 erhielt der thüringische Staat fünf für sich bestehende Güter des Herzogs, die einen Flächeninhalt von 1100 Hektar aufwiesen. Außerdem eine Anzahl von Grundstücken und mehrere Schlösser. Es waren die Schlösser in Altenburg und Eisenburg und die beiden Schlösser in Hummelshain. Endlich noch ein Dutzend Forstreviere, die eine wirtschaftlich genutzte Waldfläche von 12000 Hektar hatten. Da also die Bemühungen der jetzigen Regierung daraus hinauslaufen, vor allem den Waldbesitz bis zu einem gewissen Umfang für den Staat zu sichern, und andererseits gerade der Waldbesitz als wichtigster Bestandteil des herzoglichen Besitzes gilt, so ist das Interesse des Landes an dem Vergleich sehr groß.

Eine bemerkenswerte, nachahmenswerte Neuerung auf dem Gebiete des Rechtswesens geht von privater Seite in Thüringen aus. Der Geraer Anwalts- und Notarverein hat in Anbetracht der großen Notlage des Volkes beschlossen, daß künftighin jeder Geraer Rechtsanwalt unentgeltliche Auskunft in allen Rechts- und Wirtschaftsfragen an die ärmere Bevölkerung der Stadt zu erteilen hat. Es ist nur der Nachweis der Bedürftigkeit zu erbringen. Diese Regelung ist nicht nur eine Wohltat für die Armen, sondern sie erspart auch der Stadt eigene selbständige Unterhaltungskosten für die Rechtsberatung. Die bisher bestehende unentgeltliche Rechtsauskunftsstelle der Stadt wird eingespart und aufgehoben.

Dr. A.

Deutschland fordert eine Lösung der Korridor-Frage.

Wie jeder deutsche Kanzler, so hat auch Adolf Hitler in einer Frage alle national empfindenden Deutschen hinter sich: in seiner gegenüber einem Engländer getanen Aeußerung, der polnische Korridor müsse an Deutschland zurückgegeben werden, er sei neben dem Versailler Vertrag die größte Ungerechtigkeit gegen Deutschland, die Angelegenheit vertrage keinen längeren Aufschub mehr. Auch in Polen weiß man schon lange, daß nicht bloß Deutschland, sondern auch die anständig denkenden Leute in ehemals feindlichen Nationen die Frage des polnischen Korridors als eine Quelle dauernden Unfriedens ansehen, die nur durch die Rückgabe an Deutschland in befriedigendem Sinne zu lösen ist. Deshalb ist man sich auch in Polen einig, so wie der Abgeordnete Fürst Radziwill es ausgedrückt hat: „Im Verhältnis zu Deutschland haben wir eine einheitliche und geschlossene Front der öffentlichen Meinung!“ Gerade jetzt gibt sich diese gegen Deutschland gerichtete öffentliche Meinung, d. h. die der politischen Heißsporne, besonders laut, weil man schon lange mit einem Schritt Deutschlands in der Korridor-Frage rechnete. Das schlechte Gewissen läßt sich doch durch keinerlei nationalistische Phrasen betäuben!

Französisches Geld und französische Generale haben dafür gesorgt, daß man in Polen eine andere Erörterung der Korridor-Frage als durch Gewalt und Waffen gar nicht für möglich hält. Wegen des Korridors unterhält Polen eine weit über das Maß des Nötigen hinausgehende Armee, provoziert es dauernd Grenzzwischenfälle, die den Deutschen zugeschoben werden, zeigt es durch Grenzverletzungen, wie stark seine Luftflotte ist, kurz sucht es in einer widerlich anmutenden Großmannssucht dem deutschen Nachbarn Angst einzujagen. Daneben betreibt Polen seit der Losreißung des Korridors von Deutschland eine zielbewußte Entdeutschungspolitik, die zahllose Deutsche von der Scholle und aus der Heimat getrieben hat. Gegen die bleibenden wird mit allen Mitteln eine polnische Kulturpolitik betrieben, um sie ihrem Volkstum zu entfremden; umfassende Siedelung soll überall ein bodenständiges Polentum schaffen.

Deutschland hat gegenüber allen Maßregeln der Polen bisher größte, man kann sagen übermenschliche Ruhe bewahrt. Man weiß, daß eine gewaltsame Lösung der Korridor-Frage, ganz abgesehen von der Ungewißheit ihres Ausganges, keine wirkliche Lösung hätte schaffen können. Deutschland geht es darum, eine Lösung zu finden, die dem Recht entspricht, eine Lösung, die ein Diktatfrieden weder bringen, noch dauernd sichern kann. Nur eine den Grundsätzen der Gerechtigkeit entsprechende Lösung kann eine sichere Gewähr für Dauer und ruhige Weiterentwicklung bieten. Mit irgendeinem Kompromiß nach den Rezepten der überklugen Diplomatie ist uns dabei nicht gedient. Vor einiger Zeit hat ein Franzose einen solchen Kompromiß vorgeschlagen, der den vielen Lächerlichkeiten der Versailler Grenzziehungen noch ein weiteres Kuriosum hinzugefügt hätte. Er wollte allen Ernstes einen deutschen Korridor quer durch den polnischen Korridor hindurchlegen, etwa in Form einer Hochbahn, die als deutsches Hoheitsgebiet mit ihren Pfeilern auf polnischem Boden stehen und an militärisch wichtigen Punkten unterirdisch geführt werden sollte! Gegenüber solchen Unsinnigkeiten muß man sich an der erfrischenden Deutlichkeit des amerikanischen Parlamentariers Britton freuen, der kurzerhand erklärt hat: „Der Korridor ist ein Pfahl im deutschen Fleisch!“ Und Pfähle im Fleisch müssen herausgezogen werden! Schwächliche Halbheiten helfen hier nicht. Keine der beiden Parteien würde zufrieden sein, Polen hätte nur Anlaß zu neuen Reibereien und Schikanen.

Man hat vielfach davon gesprochen, durch eine Abstimmung die Zugehörigkeit des Korridorgebiets festzustellen. Deutschland muß eine Abstimmung lebhaft und ausdrücklich abweisen. Die Gebiete sind uns widerrechtlich ohne Abstimmung entrissen worden. Seitdem hat Polen mit rücksichtsloser Brutalität das Deutschtum entwurzelt, immer im Hinblick darauf, daß es einmal zu einer Abstimmung kommen könnte. Die Korridor-Landschaften müssen, so wie sie jetzt polnisches Gebiet sind, wieder an Deutschland zurückfallen! Damit ist dann allerdings die Korridor-Frage noch nicht erledigt; vielmehr

beginnt dann für Deutschland die Möglichkeit und Pflicht, seinerseits polnischen Wünschen entgegenzukommen.

Zunächst handelt es sich um Polens Zugang zum Meere — ein Hauptgrund für den Raub des Korridors. Ueber die Möglichkeit, einem Binnenstaat einen freien Zugang zum Meere zu geben, sollte man heute nicht mehr überlegen. Man braucht nur zu sehen, wie ungehindert die Schweiz auf dem Rheine gleich durch zwei Staaten hindurch mit dem Meere verbunden ist. Für die Tschechoslowakei hat man ja auch im Versailler Diktat eine Lösung gefunden, ohne gleich einen Korridor bis nach Hamburg zu schaffen. Freie Schiffahrt auf der Weichsel, einen internationalen Bräuchen entsprechenden Freihafen in Danzig könnte Polen jederzeit von Deutschland haben. Damit wäre auch der deutschen Stadt Danzig gedient, die doch der natürliche Handelsplatz für Polens Ueberseehandel ist.

In zweiter Hinsicht wäre dann das Bevölkerungsproblem einigermaßen befriedigend zu lösen. Bei der Streusiedelung der beiden Nationalitäten wird sich gerade im Osten niemals eine Grenze ziehen lassen, die jede Nationalität befriedigt. Es werden stets im Nachbarstaat Volksgenossen wohnen, die man lieber bei sich sähe. Hier besteht durchaus die Möglichkeit, der Wahrung der völkischen Eigenart auch im fremden Staatsverband, wenn der Wirtsstaat dem fremden Volkstum nicht mit Gewalt eine fremde Nationalität aufzwingen will, wie das gegenwärtig Polen mit den Deutschen tut, und wenn die fremde Nationalität gegenüber dem Wirtsstaat sich nicht ablehnend verhält und Loslösungsbestrebungen verfolgt, wie das die Polen in Deutschland tun. Darüber hinaus ließe sich im Korridor in großzügigem Maße das radikale Mittel anwenden, das von Griechenland und der Türkei vor zehn Jahren mit bestem Erfolg angewandt wurde. Die beiden Völker haben 2 Millionen Menschen ausgetauscht, indem 1,5 Millionen Griechen aus Kleinasien nach Altgriechenland und 0,5 Millionen Türken aus Mazedonien nach Kleinasien verpflanzt wurden.

Gewiß würden solche Maßregeln außerordentlich sein. Aber die Verhältnisse sind im Osten derart gefahrdrohend, daß nur mit außerordentlichen Mitteln zu helfen ist. Wenn es den europäischen Mächten wirklich um den Frieden und die Wohlfahrt Europas zu tun ist, müssen sie sich auf die Seite Deutschlands stellen und gegenüber Polen unseren berechtigten Forderungen Erfüllung verschaffen. Leider aber gibt es in Europa noch zu viele französische Generäle, die aus strategischen Gründen keinen Frieden zwischen Polen und Deutschland wünschen; leider hat man in Deutschland auch noch keine Gewißheit, wie sich das vorsichtige England verhalten wird. Die deutsche Außenpolitik aber wird nicht aufhören, Europa immer wieder das schreiende Unrecht des polnischen Korridors vor Augen zu halten und sein klares Recht zu behaupten. Um die endgültige Lösung darf und wird man nicht herumkommen!

Hz. M-D.

Der Boykott wird durchgeführt

Mehrere Falschmelder verhaftet

Frankfurt a. M., 31. März.

Die Annahme der Reichsregierung, daß die Quellen der Haßpropaganda sich in Deutschland befinden müssen, ist jetzt durch mehrere Verhaftungen bestätigt worden. Durch Beamte der politischen Polizei konnten in Frankfurt a. M. zwei üble Burschen festgenommen werden, die durch Verbreitung von Falschmeldungen das Ansehen Deutschlands auf das empfindlichste geschädigt haben. Es handelt sich um den 38jährigen russischen Staatsangehörigen Markus Neumann und den 22jährigen Rumänen Alexander Sternberg, die in Frankfurt a. M. wohnten. Eine Haussuchung förderte eine Reihe belastenden Materials zutage. Daraus ergab sich, daß die beiden in der letzten Zeit Meldungen über Mißhandlungen von Juden, die unter Duldung der Polizei auf der Straße vorgekommen sein sollten, nicht nur in Deutschland, sondern auch in Schweden verbreitet hatten. Die beiden standen mit ausländischen Zeitungen in engster Verbindung. Es konnte weiter festgestellt werden, daß Neumann schon seit Jahren über innerpolitische Angelegenheiten Nachrichten im Auslande verbreitet hat. Die Schreibmaschine, auf der die Schreiben angefertigt worden sind, ist beschlagnahmt worden. Neumann und Sternberg werden dem neugebildeten Sondergericht zugeführt.

Weiter wurde der ehemalige Separatist Leo Steigerwald aus Mainz nach seiner Ankunft aus Frankreich auf dem Mainzer Hauptbahnhof verhaftet. Er steht unter dem dringenden Verdacht, an der Verbreitung von Greuelnachrichten beteiligt zu sein.

Berlin, 31. März.

Die Abwehrkampagne der NSDAP. gegen die Greuel- und Hetzpropaganda im Auslande wird, wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, unter keinen Umständen verschoben. Es bleibt dabei, daß die Abwehraktion schlagartig am kommenden Sonnabend um 10 Uhr vormittags einsetzt. Angesichts der sich von Tag zu Tag steigernden Hetze des internationalen Judentums ist dieser Entschluß der nationalsozialistischen Parteileitung zu begrüßen. Das deutsche Volk kann sich diese unerhörte Hetze, die aus ganz durchsichtigen politischen Gründen in Verbindung mit raffiniertesten Konkurrenzmanövern gegen Deutschland inszeniert worden ist, niemals gefallen lassen, und jeder einzelne Deutsche muß sich dafür einsetzen, daß dieser nationale Abwehrkampf zu einem vollen Siege über die Machenschaften des Weltjudentums führt.

*

Washington rückt von der Hetze ab

Den amerikanischen Regierungsstellen ist die Möglichkeit des Boykotts in Deutschland angesichts der amerikanisch-deutschen Handelsbilanz und der bevorstehenden Weltwirtschaftskonferenz hochpeinlich. Im Einwanderungsausschuß des Repräsentantenhauses in Washington war von dem Abgeordneten Samuel Dickstein beantragt worden, die Einwanderungsbestimmungen im Hinblick auf „die religiöse und politische Verfolgung in Deutschland" zu mildern.

Unterstaatssekretär Carr wandte sich energisch gegen diesen Antrag. Er erklärte, das große Publikum würde die Annahme der Resolution als einen Versuch des Kongresses auffassen müssen, Leute zuzulassen, die in Deutschland angeblich einer Verfolgung ausgesetzt seien.

Auch H. Brown-Benton, der Vertreter der vaterländischen Verbände, legte gegen eine Annahme des Antrages Verwahrung ein.

*

Lettow-Vorbeck an die englische Presse.

General von Lettow-Vorbeck hat an die englische Presse folgendes Telegramm gerichtet:

„Eine gewissenlose Hetzpropaganda verbreitet in der englischen Presse Schauermärchen über Greueltaten, die durch Deutsche an Juden verübt worden sein sollen. Diese Meldungen sind glatt erlogen. Ich bitte die britischen Frontsoldaten, die in Ostafrika fochten und als Gegner deutsche Kampfesweise kennengelernt haben, diese Schauergeschichten, die zur Vergiftung der politischen Atmosphäre führen, als das zu bezeichnen, was sie sind: Als Lügen! Ich bitte jeden Engländer, der sich ein gesundes eigenes Urteil bewahrt hat, sich gleichfalls dafür einzusetzen. Das englische Volk ist zu schade, sich dadurch lächerlich zu machen, daß es das Opfer eines plumpen Tricks wird."

Die Passagiere des Ozeandampfers „Bremen", der am Donnerstag in Neuyork einlief, wurden von Pressevertretern über die Lage in Deutschland befragt. Die Befragten, unter ihnen der amerikanische Bankier Wiggin, erklärten, sie hätten in Deutschland nichts von Judenverfolgungen gesehen. Auch einige jüdische Passagiere wiesen die Greuelmeldungen nachdrücklich zurück.

Die Durchführung des Boykotts

Die Anordnungen des Zentralkomitees zur Abwehr der Greuelhetze.

München, 31. März.

Das Zentralkomitee zur Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze hat eine Anordnung erlassen, die u. a. besagt:

Als Leiter des Gaukomitees empfiehlt es sich, die Gauführer des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes zu ernennen.

Die Aktionskomitees (deren Mitglieder keinerlei Bindung mit Juden haben dürfen) stellen sofort fest, welche Geschäfte, Warenhäuser, Kanzleien usw. sich in Judenhänden befinden.

Es handelt sich bei dieser Feststellung selbstverständlich um Geschäfte, die sich in den Händen von Angehörigen der jüdischen Rasse befinden. Die Religion spielt keine Rolle. Katholisch oder protestantisch getaufte Geschäftsleute oder Dissidenten jüdischer Rassen sind im Sinne dieser Anordnung ebenfalls Juden.

Firmen, bei denen Juden nur finanziell beteiligt sind, fallen unter eine noch zu treffende Regelung. Ist der Ehegatte einer nichtjüdischen Geschäftsinhaberin Jude, so gilt das Geschäft als jüdisch. Das gleiche ist der Fall, wenn die Inhaberin Jüdin, der Ehegatte aber nicht Jude ist.

Einheitspreisgeschäfte, Warenhäuser, Großfilialbetriebe, die sich in deutschen Händen befinden, fallen nicht unter diese Boykottaktion. Ebenso fallen nicht darunter die „Woolworth-Einheitspreisgeschäfte". Die sogenannten „Woolwerth"-Einheitspreisgeschäfte dagegen sind jüdisch und daher zu boykottieren.

Die Aktionskomitees übergeben das Verzeichnis der festgestellten jüdischen Geschäfte der SA. und SS., damit diese am Sonnabend, den 1. April 1933, vormittags pünktlich 10 Uhr die Wachen ausstellen können.

Die Wachen haben die Aufgabe, dem Publikum bekannt zu geben, daß das von ihnen überwachte Geschäft jüdisch ist. Tätlich vorzugehen ist ihnen verboten. Verboten ist auch, die Geschäfte zu schließen.

Zur Kenntlichmachung jüdischer Geschäfte sind an deren Eingangstüren Plakate oder Tafeln mit gelben Flecken auf schwarzem Grunde anzubringen.

Entlassungen von nichtjüdischen Angestellten und Arbeitern dürfen von den boykottierten jüdischen Geschäften nicht vorgenommen, Kündigungen nicht ausgesprochen werden.

Die Aktionskomitees veranstalten am Freitag, 31. März 1933, abends, in allen Orten im Einvernehmen mit den politischen Leitungen große Massenkundgebungen und Demonstrationszüge.

Am Samstagvormittag sind bis spätestens 10 Uhr die Plakate mit dem Boykottaufruf an allen Anschlagstellen, in Städten und Dörfern anzubringen.

Zur Finanzierung der Abwehrbewegung organisieren die Komitees Sammlungen bei den deutschen Geschäftsleuten.

Anordnungen des Zentralkommitees

Das Zentralkomitee hat ferner angeordnet, daß unter allen Umständen die Schließung jüdischer Geschäfte oder Gewaltanwendung gegenüber ihren Kunden zu unterlassen ist. Schließt ein solches Geschäft seine Tore freiwillig, so liegt keine höhere Gewalt vor und die Geschäftsinhaber haben keinerlei Vorwand, fristlose Entlassungen auszusprechen, Lohn- und Gehaltszahlungen zu verweigern oder Kürzungen vorzunehmen.

Geschäfte, die von ihren jüdischen Inhabern deutschen Strohmännern übergeben worden sind, um sich den Auswirkungen der Boykottpropaganda zu entziehen, werden für die Dauer des Abwehrboykotts als jüdische Geschäfte behandelt.

Bismarck und sein Volkstum.

Gedanken zum Geburtstag des Altreichskanzlers.

Von Werner Lenz.

„Es ist kein Ausdruck mehr mißbraucht worden als das Wort: Volk!" Mit diesem bereits 1849 von Bismarck gesprochenen Satz charakterisiert der Staatsmann, zutreffend wie stets, eine Sünde gegen den Geist der deutschen Sprache, die bis in unsere Tage hinein benebelnd, verwirrend und manchmal gar vergiftend fortwirkt. Das Wort Volk, das in seiner zusammenfassenden nationalen Eigenschaft — „thiudisk" = „volkstümlich" oder auch „völkisch" — sogar die Urform des Wortes „deutsch" ist, wird keineswegs immer bewußt und betont als Einheitsbezeichnung einer rassischen Schicksalsgemeinschaft gebraucht, die vom Führer bis zum jüngsten Freien alle Schicksalsgefährten zusammenfaßt, sondern er erscheint immer wieder im alltäglichen Sprachgebrauch geradezu als trennender Begriff. Und sagt Bismarck ein anderes Mal: „Zum Volke gehört auch S. M. der König, gehöre auch ich", so will er solcher Sprachzersetzung, die das Volk einerseits zu seinem Oberhaupt, seiner Führung oder Regierung in Gegensatz stellt, andererseits aber Artfremde, Zufallsgenossen und Gastberechtigte einbegreift, entgegentreten. Ganz besonders aber will er damit auch den von ihm brennend gehaßten Klassenkampfgedanken bekämpfen, der den herrlichen Begriff Volk in den unwürdigen und von den Sozialdemokraten erfundenen Begriff Proletariat, also minderes Volk, umgefälscht hat.

Gerade ein Mann wie Bismarck, der dem gesunden Boden der Landscholle entsproß, besitzt stets ein enges Gefühl der Verbundenheit mit dem gesamten unverdorbenen Volk. Selbst dem märkischen Uradel entstammend, zugleich Nachkomme des österreichischen Bauernabkömmlings Feldmarschall Derfflinger und in mehrfacher Weise blutsverwandt mit den Herrscherdynastien, die, wie die Sachsen und Stauffen Volksführer im wahren Wortsinn gestellt hatten, sieht Bismarck eben aus dem Gefühl für den Adel, der im Begriff „freies deutsches Volk" liegt, keinen Unterschied zwischen sich, Fürsten, Bauern und Bürgern. Es ist wenig bekannt, daß er nach seinen eigenen Angaben von Jugend auf nur „Bismarck" unterschrieben hat, und daß er eine Unterzeichnung „von Bismarck" erst aus Widerspruch gegen die Anträge auf Abschaffung des Adels im Jahre 1848 angenommen hat. Deshalb ist es auch nichts weiter als demagogische Agitation, wenn seine Feinde von links, die schon damals keine enge Verbindung mit dem Volk im wahren Sinn hatten, weil sie zumeist irgendwie nicht deutscher Abstammung waren, ihn einen „stolzen Junker" nannten.

Stolz war Bismarck gewiß, aber nicht auf seine Sonderstellung, sondern auf seine Herkunft aus dem deutschen Urvolk. Und über sein „Junkertum" schreibt er in seinen „Gedanken und Erinnerungen" selbst: „Die in meiner Kindheit empfangenen Eindrücke waren wenig dazu angetan, mich zu verjunkern. In der nach Pestalozzischen und Jahnschen Grundsätzen eingerichteten Plamannschen Erziehungsanstalt war das „von" vor meinem Namen ein Nachteil für mein kindliches Behagen im Verkehr mit Mitschülern und Lehrern... Mein Vater war von aristokratischem Vorurteile frei ... Meine Mutter war die Tochter des Kabinettsrats Friedrichs des Großen und seiner Nachfolger (Mencken), den der Freiherr vom Stein als einen ehrlichen, stark liberalen Beamten bezeichnet."

Um so wertvoller ist übrigens die monarchische Einstellung Bismarcks, die sich nicht als konventionell und rein traditionell, sondern darüber hinaus als bewußt und erworben bezeichnen läßt. Nach Bismarcks Worten entsprach auch die Grundstimmung seiner Zeitgenossen dieser Billigung bewährter Staatseinrichtungen: „Der Volksgeist Preußens ist durch und durch monarchisch, Gott sei Dank", sagt er 1864, und er bestätigt damit ein Wort, das er sogar bereits ein Jahr nach der Krise von 1848 sprach: „Was uns gehalten hat, war die lebendige Wechselwirkung, die in Preußen zwischen König und Volk besteht."

Bekannt ist ja denn auch, daß er das gesamte Volk in seiner ganzen Leistungsfähigkeit für sein eigenes deutsches Werk in Anspruch nahm, in der Einbeziehung in die Wehrmacht ebenso wie im Wirtschaftsleben, und daß er deshalb ein sehr entschiedener Gegner der Auswanderung war. „Auswanderer sind vom nationalen Standpunkt als Ueberläufer anzusehen." Das Wort ist sicher zu hart, aber es ist auch bezeichnend für die Treue, die Bismarck nicht nur für sich, sondern von jedem nationalen Schicksalsgefährten gegenüber der Volksgemeinschaft verlangte. Ganz anders beurteilte er natürlich die Kolonialarbeit. Erst nachdem er sich nur sehr zögernd mit diesem damals jungen Problem befreundet hatte, stellte er sich mit zunehmender politischer Möglichkeit immer bejahender zu ihm, in dem Gefühl, daß dem wachsenden Volk ein größerer Arbeitsraum zu schaffen sei, der aber die einzelnen Ueberseepioniere nicht dem Ausland ausliefert, sondern sie staatsrechtlich als Deutsche erhält.

Deshalb hatte der Reichskanzler auch dafür Verständnis, daß eine solche Volksausbreitung nicht etwa schematisch nach bürokratischen Grundsätzen gefördert werden müsse, sondern daß das unternehmende Volkselement selbst erst seine später gesetzlich zu sanktionierenden Lebensgrundlagen im fremden Weltteil zu schaffen habe. „Die Kolonialpolitik wird nicht durch Geheime Räte gemacht, sondern durch Kommis von Handlungshäusern!" Bei der Entfaltung unserer Handelskolonien zu Landwirtschaftskolonien hätte er sicher hinzugefügt: „... und von

Ein neues deutsches Recht

Eine Aktion des Justizministeriums in Frankfurt a. M.

Frankfurt a. M., 30. März. Ministerialdirektor Dr. Freisler begab sich in den frühen Morgenstunden des Donnerstag in einem Sonderflugzeug im besonderen Auftrag des Preußischen Justizministers nach Frankfurt a. M. In seiner Begleitung befand sich der persönliche Referent des preußischen Justizministers, Dr. Sting, und der Chefredakteur des „Zeitungsdienstes", Graf Reischach. Der besondere Auftrag Freislers geht nach Mitteilung des „Zeitungsdienstes" dahin, erhebliche Mißstände, die sich in der letzten Zeit an den Frankfurter Gerichten eingestellt hätten, zu beseitigen. Auf einer riesigen nationalsozialistischen Kundgebung auf dem Römerberg vor dem Rathaus, an der etwa 15 000 Menschen teilnahmen, hielt der Beauftragte des preußischen Justizministers eine Rede, in der er die Gleichschaltung der Justiz in Preußen mit der politischen Neuordnung und den Beginn einer großen Säuberungsaktion ankündigte. Wörtlich fuhr er fort: „Daß ich als Vertreter des Justizministers hier auf einer Boykottkundgebung stehe, hat seinen besonderen Grund. Wir wollen wieder ein deutsches Recht, das vom Volke verstanden wird und das im Interesse des deutschen Volkes richtet. Neben dem Recht des Paragraphen gibt es ein höheres Recht.

Nach der Kundgebung begab sich Dr. Freisler auf den Hof des Oberlandesgerichtes, auf dem sich alle an den Frankfurter Gerichten tätigen Beamten und Angestellten eingefunden hatten. Ministerialdirektor Freisler führte hier vor den Beamten und Angestellten der Justizverwaltung aus, daß er im persönlichen Auftrage des Justizministers vor ihnen stehe und daß der Zweck seines Kommens der sei, im Namen des preußischen Justizministers zu erklären, daß die preußische Justiz auf eine vollkommen neue Grundlage gestellt werde. Es müsse eine untrennbare Einheit aller Arbeiter am deutschen Recht geschaffen werden. Eine solche grundlegende Umwälzung könne sich selbstverständlich nicht in wenigen Tagen vollziehen, um so weniger als die Revolution des Nationalsozialismus einem Jahrhundert ihren Stempel aufdrücken wolle. Der deutsche Richter müsse einsehen, daß es keine Objektivität an sich gebe und daß eine falsch angewandte Objektivität sich leicht gegen das Volk richten könne.

Im Anschluß an seine außerordentlich beifällig aufgenommene Rede begab sich Ministerialdirektor Freisler mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in dessen Arbeitszimmer, um einige personelle Aenderungen durchzusprechen. Der Oberlandesgerichtspräsident hat darauf noch am Donnerstag alle jüdischen Richter aufgefordert, ihre Beurlaubung nachzusuchen. Im Weigerungsfall wird für die betreffenden Hausverbot ausgesprochen werden. Von den zahlreichen jüdischen Anwälten, die bei den Frankfurter Gerichten zugelassen sind, wird in Zukunft nur noch eine geringe Zahl verbleiben können. Der Numerus clausus ist damit an den Frankfurter Gerichten schon eingeführt.

Wie der „Zeitungsdienst" noch besonders betont, ist die Aktion in Frankfurt nur als Auftakt weiterer Aktionen zu werten, die schon in allernächster Zeit in allen anderen Städten Preußens folgen werden.

•

Zum bevorstehenden Boykott.

— München, 30. März. Das Zentralkomitee für Abwehr der jüdischen Greuel- und Boykotthetze weist ausdrücklich darauf hin, daß der Boykott nur gegen einwandfrei als Juden feststehende Personen und Geschäfte vorzubereiten ist. In Zweifelsfällen ist gegen den Boykott zu entscheiden. Alle bekanntgegebenen Anordnungen treten erst ab Sonnabend zehn Uhr vormittags in Kraft und dürfen nicht früher in Anwendung kommen. Jeder Deutsche muß seine Ehre darein setzen, daß gemäß der Anordnung der Reichsleitung der NSDAP keinerlei Gewalttätigkeiten unterlaufen. Gewalttätigkeiten werden um so schwerer bestraft, als anzunehmen ist, daß sie von Spitzeln, die der gerechten Sache Schaden zufügen wollen, ausgehen.

•

Simon über die Judenfrage.

Aussprache im Unterhaus.

London, 30. März. Der nationale Arbeiterabgeordnete Janner (aus dem jüdischen Londoner Stadtviertel Stepney) fragte im Unterhause, ob Außenminister Sir John Simon die Frage des judenfeindlichen Nationalismus und der Judenverfolgungen in Deutschland vor die nächste Sitzung des Völkerbundsrates bringen wolle. Sir John Simon erwiderte, das Völkerbundsstatut enthalte für eine solche Angelegenheit keinen Artikel. Janner fragte hierauf, ob die judenfeindliche Politik in Deutschland nicht als eine die internationalen Beziehungen berührende Angelegenheit im Sinne des Artikels 11, § 2 des Völkerbundsstatutes betrachtet werden könne. Simon antwortete, daß die Artikel des Völkerbundsstatutes sorgfältig erwogen worden seien. Er habe seine Antwort auf die Artikel des Völkerbundsstatutes beschränkt. Sie beziehe sich daher nicht auf irgendeine Angelegenheit außerhalb des Statutes.

Der konservative Abgeordnete Kapitän Locker-Lampson fragte, ob Simon den Abgeordneten die Möglichkeit geben wolle, „die starke Erregung in England über die Unterdrückung aller hilflosen Minderheiten in Deutschland zum Ausdruck zu bringen. "(Beifall) (!) Hier wurde der Wortwechsel beendet.

Deutsche Bauernpolitik

Auf der Frühjahrshauptversammlung des Landwirtschaftlichen Vereins für Bayern sprach Staatssekretär von Rohr vom Reichsernährungsministerium über die Bauernpolitik der Reichsregierung. Er machte dabei u. a. folgende grundsätzliche Ausführungen:

Durch die Absperrung der verschiedenen Länder der Welt ist der deutsche Export von 13 Milliarden auf 6 Milliarden RM herabgesunken; es fällt indessen der Reichsregierung nicht ein, allenfalls diesen Weltmarkt jetzt sofort wiedererobern zu wollen. Es muß vor allem im Innern Deutschlands ein Markt geschaffen werden.

Nicht Zinssenkung, nicht Umschuldung, nicht Osthilfe können einen Ersatz für den verlorengegangenen Weltmarkt bringen; die nationale Regierung wird vielmehr an die Stelle der Hilfen und Subventionen eine Agrarpolitik setzen, welche solche Hilfen überflüssig macht. Eine solche Politik bedeutet, daß man das deutsche Volk frei macht von der Knute des Weltmarktpreises. Ich hoffe, daß wir das Maismonopol in einiger Zeit wieder aufheben können. Wenn der Schutz an der Grenze vollendet ist, dann werden wir uns mit dem Absatz in Deutschland selbst befassen. Und wie es gelungen ist, den Getreidepreis auf dem gleichen Niveau zu halten, so wird es uns auch bei den anderen Produkten gelingen. Auch

die Siedlungspolitik

wird selbstverständlich von der Lage der landwirtschaftlichen Preise beeinflußt; denn es ist doch nicht möglich, daß, wenn ein alteingesessener Bauer nicht durchkommt, dann ein neuzugewanderter dies vermag.

Die Hauptsache ist aber, daß am Ende unserer Politik eine unabhängige deutsche Nahrungsversorgung steht.

Das ist Herr Adenauer

Der Kölner Untersuchungskommissar Richard Schaller, M. d. R., veröffentlicht an Hand der von ihm eingesehenen Belege die Unterhaltungskosten, die Herr Adenauer in den Jahren 1924 bis 1932 erhielt.

Die Wohnungsentschädigung betrug RM 254 176,85
Außerdem wurden gezahlt für sein Haus Max-Bruch-Straße 6:

1. Instandsetzungskosten	RM	53 146,49
2. Heizung	„	11 083,30
3. Gas	„	19 763,25
4. Strom	„	6 015,80
5. Wasser	„	4 172,63
6. Grundverm.- u. Haussteuer	„	27 053,96
		121 235,43

Gesamtsumme RM 375 412,28

Das sind 40 000 RM pro Jahr ohne Gehalt! Der VB. bemerkt mit Recht hierzu: Wahrlich, der Zentrumsmann war für die Bürger der Stadt Köln kein billiges Oberhaupt.

Aufsehenerregender Entschluß

SPD. verläßt die Internationale.

Berlin, 31. März.

Das Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale beschäftigte sich dieser Tage in Paris mit der Lage in Deutschland, ohne daß eine Einladung an die deutsche Sozialdemokratie ergangen war. Daraufhin hat der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Wels, folgendes Telegramm nach Zürich, dem Sitz der Zweiten Internationale, gerichtet:

„Die von dem Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale ohne Einladung und Mitwirkung deutscher Vertreter gefaßten Beschlüsse veranlassen mich, aus dem Büro der Sozialistischen Arbeiterinternationale auszutreten."

Die Erklärung Wels ist als im Namen der gesamten SPD. abgegeben zu werten.

Freie Wohnungswirtschaft

Außerkrafttreten des Wohnungsmangelgesetzes am 1. April.

Berlin, 31. März.

Das Wohnungsmangelgesetz tritt auf Grund einer Notverordnung vom Dezember 1931 am 1. April 1933 außer Kraft. Mit diesem Zeitpunkt endet das Recht der Gemeinden (Wohnungsämter), freie Wohnungen zur Unterbringung von Wohnungssuchenden zu beschlagnahmen.

Um Schwierigkeiten, die sich hieraus ergeben könnten, zu verhindern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen beschlossen. Ein Gesetz sieht vor, daß das Gericht einem Mieter, der zur Räumung seiner Wohnung verurteilt wird, grundsätzlich eine Räumungsfrist gewähren kann. Die Frist kann verlängert werden. Die Reichsregierung wird ferner Vorsorge treffen, daß in Gemeinden, in denen noch eine Knappheit an Wohnungen besteht, durch Teilung von Wohnungen, durch vorstädtische Kleinsiedlung und durch den Bau von Klein- und Behelfswohnungen genügende Unterkunftsmöglichkeiten geschaffen werden.

Kommunistenführer entwichen

10 Kommunisten in SA.-Uniform verhaftet.

Aachen, 31. März.

In Eilendorf ist ein Kommunistenführer aus dem Gefängnis entflohen. Der Flüchtling, der die Türfüllung seiner Zelle gesprengt hatte und im Gefängniskittel entkam, ist bisher noch nicht wieder ergriffen worden, doch führte die von der Polizei unter Mitwirkung von SA.-Leuten durchgeführte Razzia zur Festnahme von etwa zehn Kommunisten, die sich in SA.-Uniform als Spitzel betätigt hatten.

Der Reichskommissar für das Land Sachsen hat angeordnet, daß die Auszahlung von Diäten an Landtagsabgeordnete mit sofortiger Wirkung eingestellt wird.

---

landbebauenden Farmern!" Wie energisch er aber diesem auch heute wieder dringender werdenden Problem sich zuwendet, zeigt das beherzigenswerte Wort aus dem Jahre 1889: „So leicht eingeschüchtert ist, Gott sei dank, der deutsche Nationalcharakter im ganzen nicht, daß er durch einzelne Mißgriffe, Irrungen und Opfer in den einmal begonnenen Kolonialbestrebungen sich abschrecken läßt!"

Immerhin war für Bismarck der Neuerwerb nur in zweiter Linie wichtig. Die Hauptsache mußte ihm immer die Erhaltung des Stammlandes bedeuten. So sagt der Reichsgründer 1894: „Wir singen: Fest steht und treu die Wacht am Rhein! Aber an der Warthe und an der Weichsel steht sie ebenso fest. Wir können nach keiner Seite hin auch nur einen Morgen Landes missen!" Hier verläßt er sich ganz auf das Grenzvolk, das ja im Weltkrieg auch das gehalten hat, was er erwartete, und das heute dafür zu leiden hat, daß Leute, die nicht zum Volke gehören oder sich von ihm abgewandt haben, ihr Land in Ost, Nord West und Süd verrieten!

Es ist deshalb ein wohlüberlegter Schritt auf dem Wege zur deutschen Befreiung, wenn durch Erweckung des Gefühls für den fruchtbaren Begriff „Volkstum" das Selbstbewußtsein in allen Volksteilen geweckt und gestärkt wird, das zum Wiederaufbau notwendig ist. Deshalb, weil Bismarck in dem Volk nicht eine Masse, eine Zufalls- oder Wirtschaftsverbundenheit, sondern eine Schicksalsgemeinschaft sah, weiß auch das Volk, wie es sein soll, als eine Anreihung von einzelnen mit zwar verschiedenen Sonderinteressen, aber nur einem übergeordneten Gemeinschaftszweck, einzuschätzen und zu führen, und so sieht er auch in dem Neid der Nachbarn sein Gutes: „Sie zwingen uns zu Anstrengungen, die wir freiwillig vielleicht nicht machen würden; sie zwingen uns zu einem Zusammenhalten unter uns Deutschen, das unserer innersten Natur widerstrebt; sonst streben wir lieber auseinander!"

Vielleicht aber revidiert die Not der Vergangenheit das Urteil des großen Staatsmannes und schmiedet um alle Teile des deutschen Volkes Dauerbänder!

Das Blutbad von Essen.

Der französische Ueberfall auf die Essener Krupparbeiter von 1923.

Zahllose frangwürdige Elemente aus Deutschlands dunklen Tagen haben es für besser gehalten, den für sie heißen Boden Deutschlands zu verlassen. Draußen erheben sie ein wüstes Geschrei über den erschrecklichen Terror", der jetzt im „Nazi-Deutschland" herrsche. Und Frankreich bleibt nur seiner historischen Aufgabe als Hüter der europäischen Zivilisation treu, wenn es in diese Haßgesänge mit voller Kehle einstimmt. Frankreich zetert, weil es der Meinung ist, daß seine eigenen Schandtaten, die es vor zehn Jahren an der Ruhr in Hülle und Fülle verübte, heute längst vergessen sind. Da tut es gut, sich gerade eines Vorfalls zu erinnern, der sich vor 10 Jahren, am 31. März 1923, in Essen abgespielt hat und der 12 deutschen Arbeitern das Leben und vielen anderen die Gesundheit gekostet hat.

Am 31. März 1923 kamen französische Truppen unter der Führung eines Leutnants in die Kruppsche Kraftwagenhalle in Essen und versuchten dort Kraftwagen wegzufahren. Während noch der Betriebsrat mit den Franzosen verhandelte springt plötzlich das Knattern von Maschinengewehren dazwischen. 9 Arbeiter sind sofort tot, drei sterben wenige Tage später, über 30 sind verletzt. Wenn auch damals Deutschland tief am Boden lag und sich nicht wehren konnte, so geschah diese Tat dennoch von fremden Eindringlingen auf deutschem Boden und sie ist bis heute ungesühnt geblieben. Warum hat der Wächter Frankreich über Europas Zivilisation damals geschwiegen, wenn es sich heute herausnimmt, über den „faschistischen Terror" in Deutschland so sehr zu ereifern? Dabei war dieses Blutbad unter den Essener Arbeitern, die doch nur ihre Pflicht als Deutsche taten, ja nur eine von den vielen Missetaten, die sich der „Zivilisationshüter" Frankreich damals an der Ruhr wie am Rhein geleistet hat. Der wenige Tage vor dem 31. März aus dem besetzten Gebiet ausgewiesene Regierungspräsident Grützner konnte mit Recht in seinem Protestschreiben an den französischen General Degoutte schreiben:

„Ich habe in den letzten Tagen im unbesetzten Deutschland in öffentlichen Versammlungen das Verhalten Ihrer Truppen seit dem 11. Januar 1923, dem Tage der Uebernahme ihrer Aufgabe, eine friedliche Ingenieurkommission zu schützen, wiederholt zusammenfassend dahingehend geschildert, daß es kein Verbrechen und kein Vergehen des deutschen Strafgesetzbuches, ja, der Kriminalgesetzgebung der gesamten Kulturwelt gebe, das Ihre Truppen auf deutschem Boden nicht begangen hätten. Ich hätte nicht geglaubt, daß diese meine Worte durch den Arbeitermassenmord des Essener Blutsamstags eine derart rasche und fürchterliche Bestätigung finden würden." Es war ein Massenverbrechen der Feigheit, das dadurch noch gekrönt wurde, daß die Franzosen eine Reihe von Deutschen verhafteten, um vor der Oeffentlichkeit ihnen die Schuld an dem Verbrechen in die Schuhe schieben zu können. Die deutsche Protestnote in Paris wegen des Essener Vorfalls, die am 4. April überreicht wurde, hat das klar ausgesprochen, wenn darin nicht nur volle Genugtuung gefordert, sondern auch verlangt wurde, daß die zur Bemäntelung der französischen Schuld verhafteten Personen sofort in Freiheit zu setzen" sind.

Wer je zu einer solchen Kulturtat fähig gewesen ist, verliert das Recht, über den „Terror" zu zetern, der niemals stattfand. Frankreich vergesse nicht, daß auch die blutrünstigsten Propagandalügen kurze Beine haben. F. L.

Kameradschaft — Disziplin

Aufruf des Ersten Bundesführers des Stahlhelm zu den Vorgängen in Braunschweig.

Berlin, 31. März.

In der Bundeszeitung „Der Stahlhelm" veröffentlicht der Erste Bundesführer des Stahlhelm, Reichsarbeitsminister Seldte, unter der Ueberschrift „Kameradschaft und Disziplin" einen Aufruf zu den Vorgängen in Braunschweig, in dem er eingangs erklärte, daß die zu leistende Arbeit in Deutschland nicht von einem Mann oder einer Partei oder einem Bund allein bewältigt werden könne und daß er mit Freude habe feststellen können, daß der Reichskanzler Adolf Hitler — ebenso wie seine nationalsozialistischen Kameraden im Kabinett — durchaus dieselbe Auffassung von der Lage habe. In die beginnende sachliche Arbeit hinein sei nun ein Ereignis gefallen, dessen ernste Bedeutung nicht verkannt werden könne.

Reichsminister Seldte führte dann aus, daß die Führer des Braunschweiger Stahlhelm mit der Zulassung der Anmeldung geschlossener Formationen des Reichsbanners zu den klaren Befehlen der Bundesführung in Gegensatz getreten seien. Ihre Handlungsweise sei fehlerhaft und bedenklich gewesen. Zwar hätten sie keine „konterrevolutionäre" oder „hochverräterische" Absicht gehabt, aber sie hätten sich zu viel zugetraut, wenn sie geglaubt hätten, den marxistischen Riesenkloß ohne Beschwerden verdauen zu können. Weil durch die von ihnen geduldete Aktion eine gewisse Unruhe in Braunschweig herbeigeführt worden sei, müsse es als berechtigt anerkannt werden, wenn der braunschweigische Innenminister polizeiliche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Gefahr getroffen habe.

Mit derselben Offenheit müsse aber ausgesprochen werden, daß das Verbot des Landesverbandes nach der ganzen Sachlage nicht als gerechtfertigt habe erscheinen können. Darüber hinaus seien Maßnahmen von Landesregierungen oder nachgeordneten Behörden gegen Teile eines Bundes, dessen erster Führer in der Reichsregierung sitze, völlig unmöglich, bevor nicht der Bundesführung selbst die Möglichkeit zur Abstellung etwaiger Beschwerden gegeben worden sei.

Der Reichsminister betont, daß er mit seinem Kameraden und Mitminister Göring einmütig der Auffassung sei, daß durch den lokalen Zwischenfall die Zusammenarbeit zwischen Stahlhelm, SA. und SS. nicht berührt werden dürfe, vielmehr gefestigt und verbreitert werden müsse.

Im Reichskabinett sei diese Zusammenarbeit vorhanden. Sie müsse unbedingt auch in allen Führerschichten und in der ganzen Gefolgschaft erzielt werden. Das erfordere politischen und menschlichen Takt auf beiden Seiten. Sollte ein Stahlhelmgau Anlaß zu berechtigten Beschwerden geben, so werde der Reichsminister selbst eingreifen und für Abstellung sorgen.

Zum Schluß ruft Seldte allen Stahlhelmführern noch einmal eindringlich den Befehl der Bundesführung in Erinnerung, wonach die Aufnahme geschlossener Verbände grundsätzlich untersagt ist, und jeder, der sich anmeldet, zwei Bürgen beizubringen und eine mindestens sechswöchige scharfe Probezeit zu bestehen hat.

Inzwischen ist der Landesverband Braunschweig dem Landesführer von Hannover, Generalleutnant von Henning, mitunterstellt. Das Kommissariat für die Verhandlungen zwischen dem Lande Braunschweig und der Reichsregierung behält der Landesführer von Groß-Berlin, Major von Stephani.

*

Verhaftungen in der Pfalz aufgehoben

Die Angelegenheit beigelegt.

Von der Reichspressestelle des Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, wurde mitgeteilt: „In der Rheinpfalz sind sämtliche Stahlhelm-Arbeitslager von SA. besetzt worden. Eine große Anzahl Stahlhelmführer wurde verhaftet und teilweise in NSDAP.-Arbeitslager übergeführt.

Durch eine Anordnung der Reichsregierung sind sämtliche Verhaftungen von Stahlhelmern in der Pfalz mit sofortiger Wirkung aufgehoben."

Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Angelegenheit vom Reichsinnenministerium im Benehmen mit den örtlichen Stellen beigelegt worden. Zur Zeit unternimmt der kommissarische bayerische Ministerpräsident Ritter von Epp eine Besichtigungsreise durch die Pfalz. Die Reise führt nach Speyer, Ludwigshafen, Neustadt-Hardt und Kaiserslautern.

Neue russische Hungersnot?

London, 31. März.

Die englische Reuteragentur gibt Aeußerungen des früheren Sekretärs des englischen Ministerpräsidenten Lloyd Georges, Gareth Jones, wieder, der von einer Rußlandreise zurückgekehrt ist. Jones, der fließend russisch spricht, hat die Ukraine zu Fuß durchwandert und erklärte einem Vertreter der „New York Eveningpost" gegenüber, Rußland drohe eine Hungersnot ungeheuren Umfanges, die so schlimm sein werde, wie die Katastrophe von 1927, wo Millionen ums Leben kamen. Diese Hungersnot werde den Beginn ernster Arbeitslosigkeit in einem Lande bedeuten, das sich bisher gerühmt habe, für jeden Menschen eine Beschäftigung zu finden.

In der Verhaftung britischer Ingenieure in Moskau erblicke Jones ein Zeichen für die Bestürzung der Sowjetbehörden, er erwähnte u. a., daß er eine Anzahl Dörfer und zwölf Kollektivbauernschaften besucht habe; überall habe sich der Ruf erhoben: „Wir wollen Brot, wir sterben". Diesen Schrei habe er allenthalben gehört.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

Bielefeld. Der **Sonderzug nach Berlin**, der für den 1. bis 3. April in Aussicht genommen ist, wird, wie die Reichsbahn mitteilt, bestimmt fahren. Einige Karten sind noch zu haben, die aber sofort gelöst werden müssen.

Kirchliche Nachrichten der Zionsgemeinde zu Bethel.

Sonntag, den 2. April 1933. Judika.

Sonnabend, 19.10 Uhr: Beichte und Abendmahl in Zion, Pastor Wilmanns.

Sonntag, 8½ Uhr: Passiosgottesdienst, Pastor Tegtmeyer; 9 Uhr: Pastor Greve; 10 Uhr: Pastor Wilmanns; 11½ Uhr: Kindergottesdienst.

Passionsgottesdienste:

Dienstag 19½ Uhr: Pastor Tegtmeyer.
Donnerstag 19½ Uhr: Pastor Tegtmeyer.

Kirchliche Nachrichten für Schildesche.

Sonntag ,den 2. April 1933: 10 Uhr vorm. Konfirmation der Konfirmanden Pastor Hopmann; 1½ Uhr nachm. Kindergottesdienst; 5 Uhr abends Abendmahlsfeier.

Freitag, den 7. April 1933: 8 Uhr abends Passionsgottesdienst mit Abendmahlsfeier, Pastor Hopmann.

Bethel.

— Christlicher Verein junger Mädchen.
Freitag abend 8 Uhr: Lautenchor in Bethabara.

Jungfrauenverein der Kranken. Sonntag nachmittag um 4 Uhr Vereinsstunde.

— Sarepta-Schule, Bethel. Einladung zur Zeichen- und Handarbeitsausstellung am Sonnabend, den 1. April, 3 bis 6½ Uhr, Sonntag, den 2. April, 11 bis 12½ Uhr, 3 bis 6 Uhr.

Bethel. 25 Jahre als Blätterverteiler in der Bethelgemeinde tätig ist am 1. 4. **Alfred Scheffler** in Kl.-Nazareth. Ueber 300 Blätter bringt er jede Woche im Auftrage der Blättermission der Bielefelder Stadtmission in die Anstaltshäuser und Familien. Möge ihm die Freude dieser Arbeit noch recht lange bleiben.

Schriftleitung: W. Kraa; Wirtschafts- und Weltpolitik: Dr. H. Huttel; Anzeigen: K. Diekmann; alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld. Schließfach 28. Für Geldsendungen Postscheckkonto: Hannover 67377, „Aufwärts", Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919, Amt Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Statt besonderer Anzeige.

Heute entschlief unerwartet nach überstandener Operation mein teurer Mann, unser lieber Vater und Großvater

Wilhelm Wolf

im fast vollendeten 74. Lebensjahre.

Bertha Wolf geb. Bartels,
Dipl. Ing. Wilhelm Wolf
und Frau Käthe geb. Kriele,
Heinrich Wolf
und Frau Annelotte geb. Scholten,
Maja Wolf
Dr. Wilhelm Philipps
und 8 Enkelkinder.

Gütersloh, Dortmund, Bethel, 30. März 1933.

Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.
Die Beerdigung findet am Montag, den 3. April, nachm. 4 Uhr statt. Feier im Hause eine halbe Stunde vorher.

Heute morgen entschlief im 74. Jahr seines gesegneten Lebens Herr Fabrikant

Wilhelm Wolf

Ehrenvorsitzender der Vorstände der Anstalten Bethel, Sarepta und Nazareth.

Seit dem Jahre 1902 hat der Heimgegangene seine reichen Gaben und Lebenserfahrungen in den Dienst unserer Arbeit gestellt. Nach dem Heimgang von Pastor von Bodelschwingh übernahm er im Jahre 1910 den Vorsitz der Anstaltsvorstände. In diesem Amt hat er durch mehr als zwei Jahrzehnte den Anstalten mit klugem Rat und unermüdlicher Treue wertvollste Dienste geleistet. Wir gedenken seiner in bleibender Dankbarkeit.

Die Vorstände der Anstalten Bethel, Sarepta und Nazareth

Bethel bei Bielefeld, 30. März 1933.

Wiesbaden Evangelisches Hospiz, Oranienstraße 53
Zimmer mit und ohne Verpflegung. Mäßige Preise.

Pfarrhaus (Duisburg) sucht christl. ges., gesunde und willige
Haustochter
mit Nähkenntnissen zur Erlernung des Haushalts ohne gegenseitige Vergütung, Dienstmädchen vorh. Offerten unter A 3207 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Aeltere Dame sucht
Wirkungskreis
in besserem Hause. Sehr kinderlieb. Naturfreundin. In allen Zweigen des Haushalts erfahren. Gehalt nach Uebereinkunft.
Margareta Matthiesin, Wagersrott, Süderbrarup-Land (Schleswig-Holstein).

Baden-Baden
Hospiz Haus Tabor Gernsbacherstraße 51. Tel. 1021. 3 Min. von Bädern u. Wald, Haltest. d. Elekt. Bahn. Zimmerm. Frühst. 2.50 M.

Ingenieur-Schule Automobilbau Flugzeugbau
Lage
Maschinenbau Elektrotechnik Heizungsbau
Lippe-Detmold
Lehrgänge beginnen

Bielefelder Haushaltsverein e. G. m. b. H.

Bilanz am 31. Dezember 1932

Aktiva		Passiva	
Grund- und Gebäudewerte	735 000.—	Geschäftsguthaben der Mitglieder	145 027.04
Utensilien und Fuhrwerk	2.—	Reservefonds	334 412.81
Beteiligungen	51 000.—	Hypothekenschuld	64 256.75
Schuldner	146 767.28	Spareinlagen	422 068.01
Barmittel	93 187.41	Kreditoren und Bankschuld	83 968.28
Gezahlte Rückvergütung	17 194.—	Steuerschuld	7 099.80
Warenbestand	238 000.—	Rückvergütungsschuld	224 300.—
	1 281 150.69		1 281 150.69

Mitglieder-, Geschäftsguthaben und Haftsummen-Bewegung.

		Mitglieder	Geschäfts-Guthaben	Haftsummen
Bestand am 1. Januar 1932		17 504	137 467.79	175 040.—
Zugang 1932		906	10 898.91	9 060.—
		18 410	148 366.70	184 100.—
Abgang 1932 durch	Tod	199		
	Aufkündigung	480		
	Ausschluß-Listenreinigung	2694	3 873	3 339.66	33 730.—
Bestand am 31. Dezember 1932		15 037	145 027.04	150 370.—

Der Vorstand.
Schmidt, Schnake, Redecker, Hellweg

Die Auszahlung der Rückvergütung (6% in bar) erfolgt am 5. und 6. April durch die Verkaufsstellen
Der Vorstand.

WÄSCHE
für die elegante Dame von
Bielefeld **Kempe** Obernstr.

Frühjahrs - Kleidung
für Damen und Herren in hervorragender Auswahl, preiswert wie immer, in guten Qualitäten
Buddeberg
Bielefeld Niedernstraße 5-9

Sämereien für Garten und Feld
Obstbäume, Beerensträucher beste Sorten
Rosen u. Stauden in guter Auswahl
Dahlien, Knollengewächse
Ziersträucher, Heckenpflanzen
Nadelgehölze, Schlingpflanzen
Preisliste gern auf Wunsch
und sonstige **Gartenartikel** bietet an die
Gärtnerei der Anstalt Bethel
bei Bielefeld

Zu Ostern
ein schönes Schmuckstück
eine ZentRa Uhr
Bestecke
Große Auswahl, niedrige Preise
Ernst Münch, Uhrmacher
Brackwede, Hauptstraße 81

Nordsee! Insel **Amrum!**
„Seeheim" Christliches Erholungshaus Volle Pension 4.— bis 4.50 RM.
Privatkinderheim Paulsen. Von 60.— RM monatlich an. Fordern Sie Hausprospekte durch den Besitzer der Heime
Gemeindevorsteher Paulsen, Nordseebad Norddorf.